

Fachkonferenz Teilgebiete

Datum: 10.06.2021
Dok.-Nr.: FKT_Bt2_032



Vorträge vom Donnerstag, 10. Juni 2021

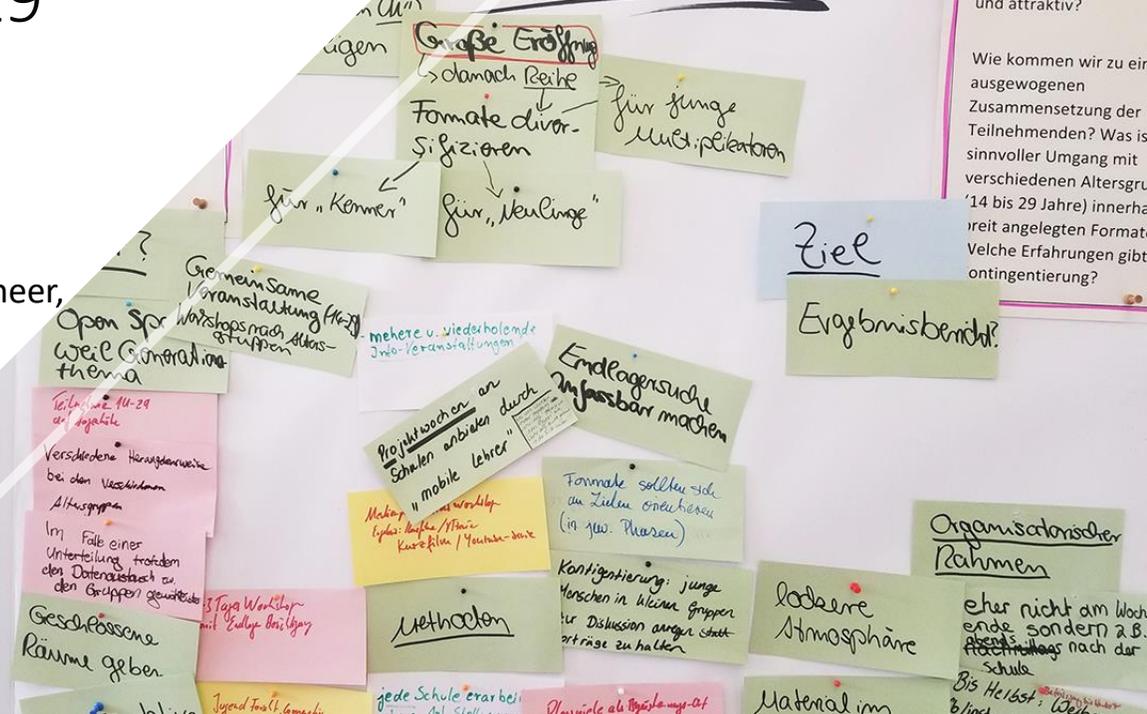
Nr.	Vortrag	Referent*innen	Seite
1	Ergebnisse des Workshops für die junge Generation	Teilnehmer:innen des Workshops vom 17.05.2021	2
2	Beteiligung und Transparenz als Voraussetzung für ein Gelingen des Standortauswahlprozesses	Dr. Peter Hocke-Bergler (KIT-ITAS)	18
		Juliane Dickel (BUND e.V.)	28
		Hans Hagedorn - Partizipationsbeauftragter am Nationalen Begleitgremium NBG	35
		Wolfgang Ehmke (Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.)	39



Berlin 2019



Foto: Katharina Scheer, Sophie Scholz



Kassel 2019





10. Mai
Infopakete
„Gut zu wissen“
mit Shary Reeves

Wir haben Vertreter*innen der jungen Generation gefragt: Welche Informationen braucht ihr, um bei der Endlagersuche mitreden zu können? Die Ergebnisse dieser Abfrage stehen am 10. Mai im Vordergrund. Expert*innen geben Einblicke in die komplexe Endlagersuche und stellen sich der Diskussion. Der Termin eignet sich daher ideal für einen Einstieg in das Thema „Endlagerung hochradioaktiver Abfälle“.



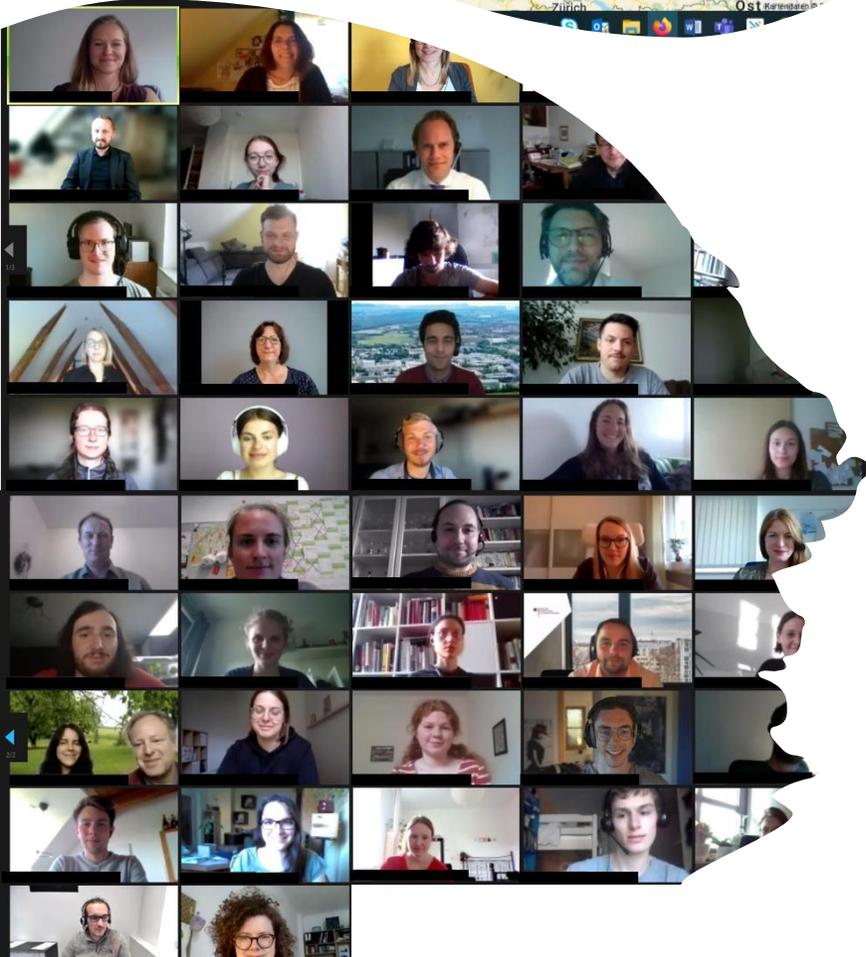
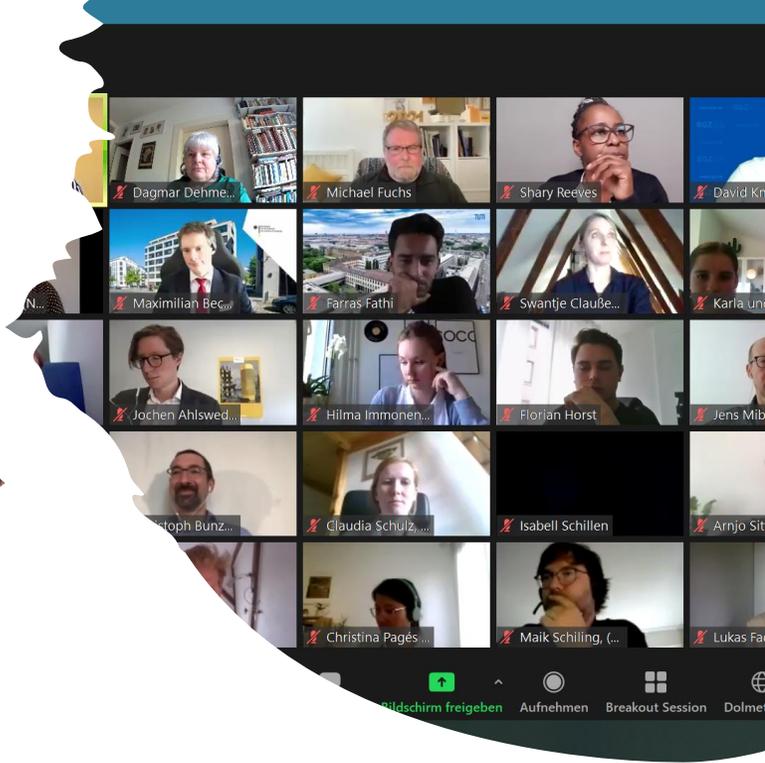
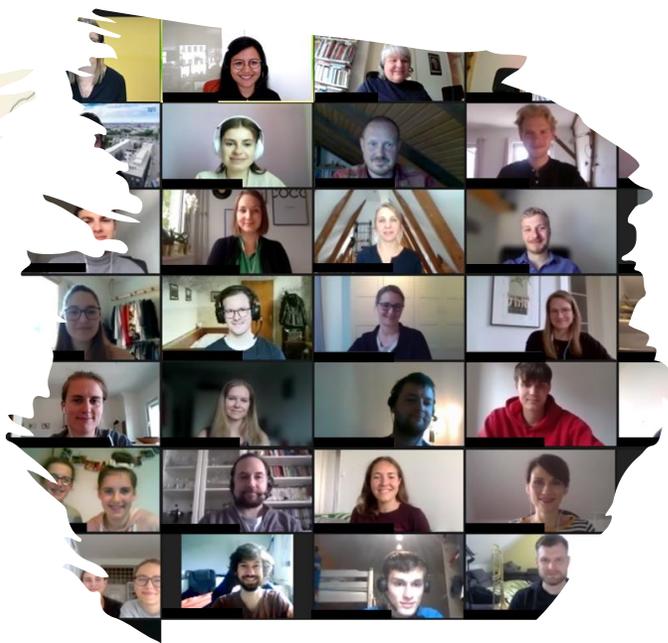
17. Mai
Das Mitmachpaket
„Wie kann ich konkret mitreden?“

Dieser Abend widmet sich dem Thema Beteiligung: Wer kann wobei mitmachen? Wie können sich junge Leute in die Endlagersuche einbringen? Und was ist eigentlich die Fachkonferenz Teilgebiete? Wir geben hier Raum für grundlegende Informationen und Diskussionen zum Thema und wollen von Euch u.a. wissen, wie Beteiligungsformate für junge Menschen attraktiv gestaltet werden können.



31. Mai
Endlager-Planspiel
„Was wird hier gespielt?“

Zur Endlagersuche gibt es viele Sichtweisen und Meinungen. Sie unter einen Hut zu bringen und allesamt zu berücksichtigen ist wichtig für eine gute Lösung. Am 31. Mai wollen wir mit euch ein Experiment wagen: Beim digitalen Rollenspiel zum Endlager schlüpfen wir in unterschiedliche Rollen und diskutieren aus dem Blickwinkel der anderen.



Online-Formatreihe 2021

Wie blickt die junge Generation auf die Endlagersuche?

eine Zusammenfassung

Wie gewinnt man die Jugend für das Thema der Endlagerung?

Bisherige Kanäle:

- Schule (über einzelne Lehrer*innen)
- Studium (durch Professor*innen ausgewählter Studiengänge)
- über Bekannte (z.B. bei BASE oder BGE)

Neue mögliche Kanäle:

- Jugendorganisationen (parteilich und überparteilich)
- Initiativen und Bewegungen (z.B. Fridays for Future)

Einen anderen Fokus setzen

- es gibt nicht die „junge“ Generation
- Endlagerung als generationsübergreifende Aufgabe

- Jede Generation hat ihre Erfahrungen gemacht und sollte gehört werden!
- Gespräche sollten generationsübergreifend und auf Augenhöhe geführt werden
- Engagement und Expertise sollten altersunabhängig erfolgen

Rolle der Wissenschaft

- bestmöglicher Endlager-Standort soll nach wissenschaftlichen Kriterien gefunden werden
- mögliche Fragen:
 - Welchen Einfluss kann die Bevölkerung auf die „wissenschaftliche“ Entscheidung nehmen?
 - Inwiefern handelt es sich um ein „lernendes“ Verfahren?
- möglicher Eindruck:
 - es soll nur Akzeptanz für ein Endlager geschaffen werden
 - keine nachhaltige & glaubwürdige Kommunikation

Rolle der Politik

- parteiübergreifend breiter Konsens für Endlager-Suchverfahren
 - Wissenschaftlichkeit sollte von der Politik nicht infrage gestellt werden
- Kommunikation mit Initiativen & Interessensverbänden:
 - Warum ist das Suchverfahren vielleicht nicht partizipativ genug?
 - Wie könnte das Verfahren angepasst werden?
 - Wie kann die betroffene Bevölkerung darüber hinaus unterstützt werden?
- Eine weitere Verzögerung der Standortsuche ist nicht im Sinne der jüngeren Bevölkerung!

Ein Blick in andere Länder könnte helfen ...

... um zu verstehen, wieso es nicht die eine Lösung bei der Endlager-Standortsuche gibt.

Übergeordnete Frage:

- Wieso gibt es eigentlich keine europäische Lösung?

Blick auf die europäische Ebene:

- Wo stehen wir aktuell im Vergleich zu anderen Ländern?
- Wie geht dort die betroffene Bevölkerung damit um?
- Welche Best Practices können wir übernehmen?

Verhältnis von BGE & BASE

BGE & BASE treten als gemeinsame Veranstalter auf:

- subjektiver Eindruck der zu unkritischen Zusammenarbeit
- könnte die Kontrollfunktion des BASE außenwirksam schwächen
- selbstlernendes Verfahren könnte erschwert werden
- BGE mit wissenschaftlichem und exklusivem Wissensvorsprung

→ deutliche Trennung von BGE & BASE nach innen und außen

Wie sollte es weitergehen?

Weitere Veranstaltungen:

- Trennung zwischen Information & Partizipation
- Trennung nach Wissensstand der Beteiligten
- um explizit junge Leute zu gewinnen:
 - Kontakt zu Hochschulen & Studierendenvertretungen
 - Kontakt zu IHKs & Auszubildendenvertretungen
 - Fortbildung von Lehrer*innen
 - Aufnahme in den Lehrplan
 - Projektstage bzw. -wochen

Wie sollte es weitergehen?

Werbung:

- Fernsehen, Radio
- Straßenplakate (z.B. auf Litfaßsäulen)
- Social Media: Facebook, Instagram, TikTok

Gründung eines neuen ständigen Gremiums (z.B. Beirat)

→ Idee: prozessbegleitender Austausch/Beratung für Personen mit nachhaltigem Engagement in der Endlagersuche

Gründung eines neuen „Gremiums“

- Schaffung einer ständigen Institution zur Partizipation
- unabhängig von BASE & BGE
- generationsübergreifende Debatten ermöglichen
- ggf. Freiraum für junge Generation
 - „Rat der jungen Generation“
- Gremium kann durch eigene Veranstaltungen „Anschluss-Partizipation“ ermöglichen
- ggf. Aufwandsentschädigungen für Beteiligte

Fazit

- junge Leute müssen über andere Kanäle angesprochen werden
- Debatten sollten generationsübergreifend erfolgen
- Schaffung eines ständigen Gremiums zur Partizipation
- Was genau bedeutet Partizipation? Welchen Einfluss kann man auf die wissenschaftliche Entscheidung nehmen?
- ein Blick in andere Länder könnte helfen
- Politik sollte Wissenschaftlichkeit nicht in Frage stellen und ggf. aktiv die Kommunikation mit Initiativen/Interessensverbänden suchen
- Eine weitere Verzögerung der Standortsuche ist nicht im Sinne der jüngeren Bevölkerung!

Kontakt Daten der Beteiligten:

- Marcus Frenzel: marcus.frenzel@tu-clausthal.de
- Anastasia Gutte: anastasia.gutte@outlook.de
- Vincent Erdmann: erdmaennchen-2003@gmx.de
- Farras Fathi: farrasfathi@yahoo.de
- Fynn Sören Sauerwein: fynn.sauerwein@gmx.de

Mit freundlichem Gruß 😊

Transparenz. Herausforderungen und Dilemmata bei der Problemlösung

Dr. Peter Hocke, ITAS, 10.6.2021, Impulsvortrag bei der 2. Fachkonferenz Teilgebiete

INSTITUTE FOR TECHNOLOGY ASSESSMENT AND SYSTEMS ANALYSIS (ITAS)



Overview

1. Einführung
2. Gesetzeskommentare als instruktive Dokumente
3. Herausforderung und Chance
4. Das Spannungsfeld

Impulsvortrag bei der 2. Fachkonferenz Teilgebiete, 10. Juni 2021

*Version 3.2 / 8.6.21 PH, EM
Hocke 2021 PPP Transparenz*

1. Einführung

- State of the art: In vielen Dokumenten prominent, insgesamt nicht sehr systematisch eingeführt.
- aber: diverse Missgriffe bei partizipativen Anläufen und Verfahren (van den Daele bis *Bull) (leistungsfähig in anderen, meist nicht-nationalen Prozessen: Bügerräte, Bürgerhaushalte etc.)
- “Beteiligung”: Transparenz als Vorstufe, “notwendige, aber nicht hinreichende“ Bedingung” (so die Partizipationsforschung)
- Annahme: Transparenz spricht im Kern Fragen der demokratischen Verfasstheit und zivilgesellschaftlicher Standards an.
- Wenig interdisziplinäre Forschung (Ausnahmen wie Riscom 2003); Ausweg: “problem-orientierte Forschung” (Technikfolgenabschätzung, Geltungsgrund: über zwei Dekaden für ITAS-KIT im Team zur interdisziplinären Entsorgungsforschung gearbeitet)

2. Blick in die Gesetzeskommentare

- „Transparenz“ ist ein Leitgedanke (Wollenteit 2019: 451). Sie meint ein Höchstmaß an Offenheit in allen Schritten“ des StandAV (ebd.)
- Transparenz als „Basis für wissenschaftsbasierten **Diskurs** und die Etablierung partizipativer selbsthinterfragender und lernender Verfahrens**strukturen**“ (ebd., Hervorheb PH)
- Wollenteit und Smeddinck (2017): Hinweise auf einen dafür notwendigen ‚Kulturwandel‘.
(bei Wollenteit Hinweis auf spezifische Pluralität, bei Smeddinck Absetzen von Entscheidungen in closed shops und der kulturell lange gültigen Berufung auf das Amtsgeheimnis.)
- Für „alle durchschaubar“ und „nachvollziehbar“ hat das transparente Verfahren zu sein (Smeddinck 2017: 62)
- Verwaltung in der heutigen (Spät-)Moderne: Umbruchprozess und Modernisierung der Verwaltung noch nicht abgeschlossen (ebd.).

3. Herausforderung und Chance

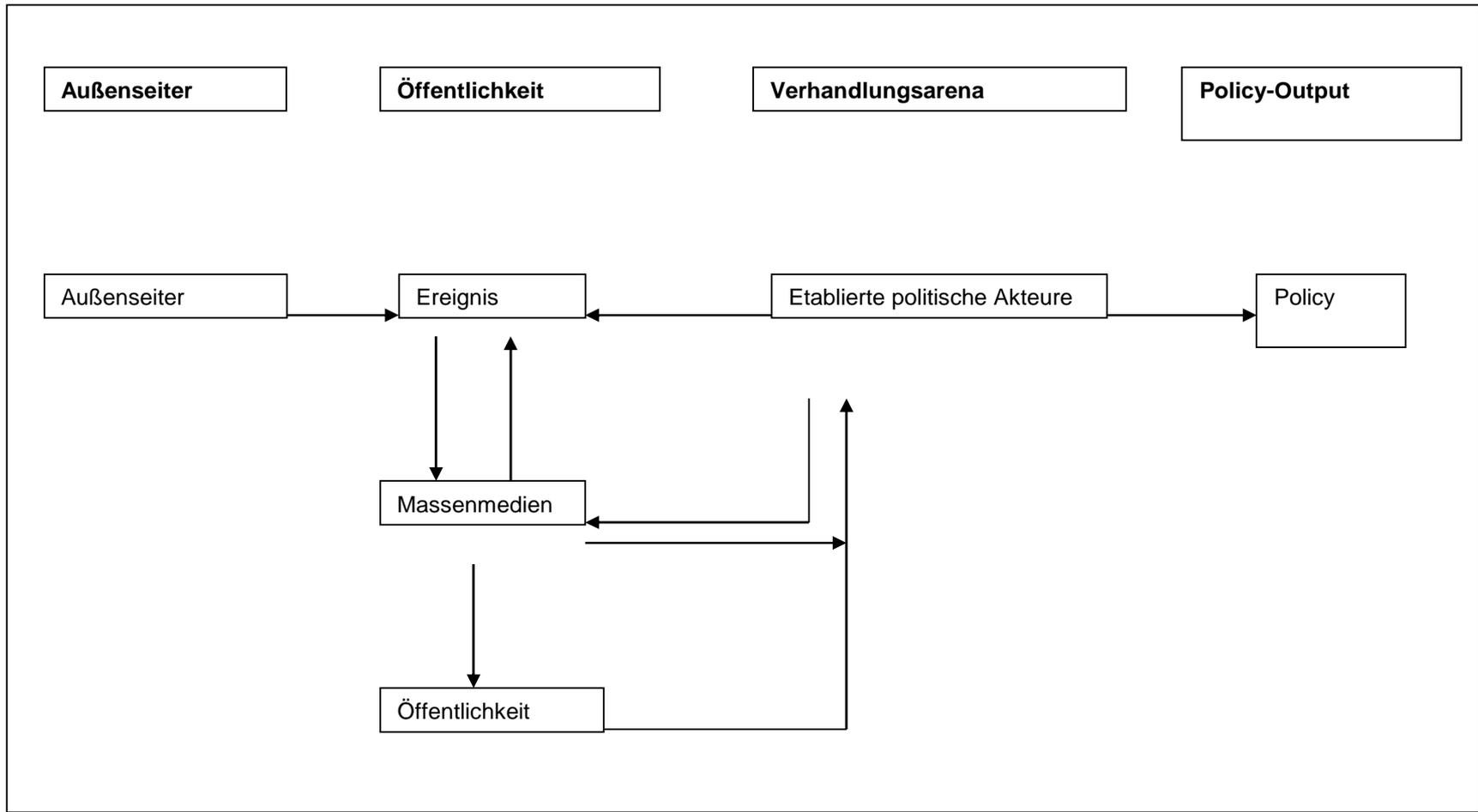
- Paradigmenwechsel in der Endlager-Politik seit den Nuller Jahren: stufenweise, Kriterien gestützt, partizipativ, selbstlernend ...
- Schweiz: ungewöhnliche Transparenz in Etappe 1 und 2 des Sachplanverfahrens, politische Öffnung hin zum Dialog, Zugänglichkeit von Dokumenten und Entscheidungsgrundlagen, Mitberatungsrechte, Minderheitenvoten und schwer lösbare Konflikte
(Alpiger 2019, Hocke / Kuppler 2019, Buser 2019)
- ‚Relativer Erfolg‘ für Partizipation und transparente Dokumentation: dort in der Schweiz? Hier in Deutschland?

(3-2 Herausforderung und Chance)

Gleichzeitig zum relativen Erfolg sind unübersehbare „Spannungsfelder“ für alle wichtigen und interessierten Akteure festzustellen

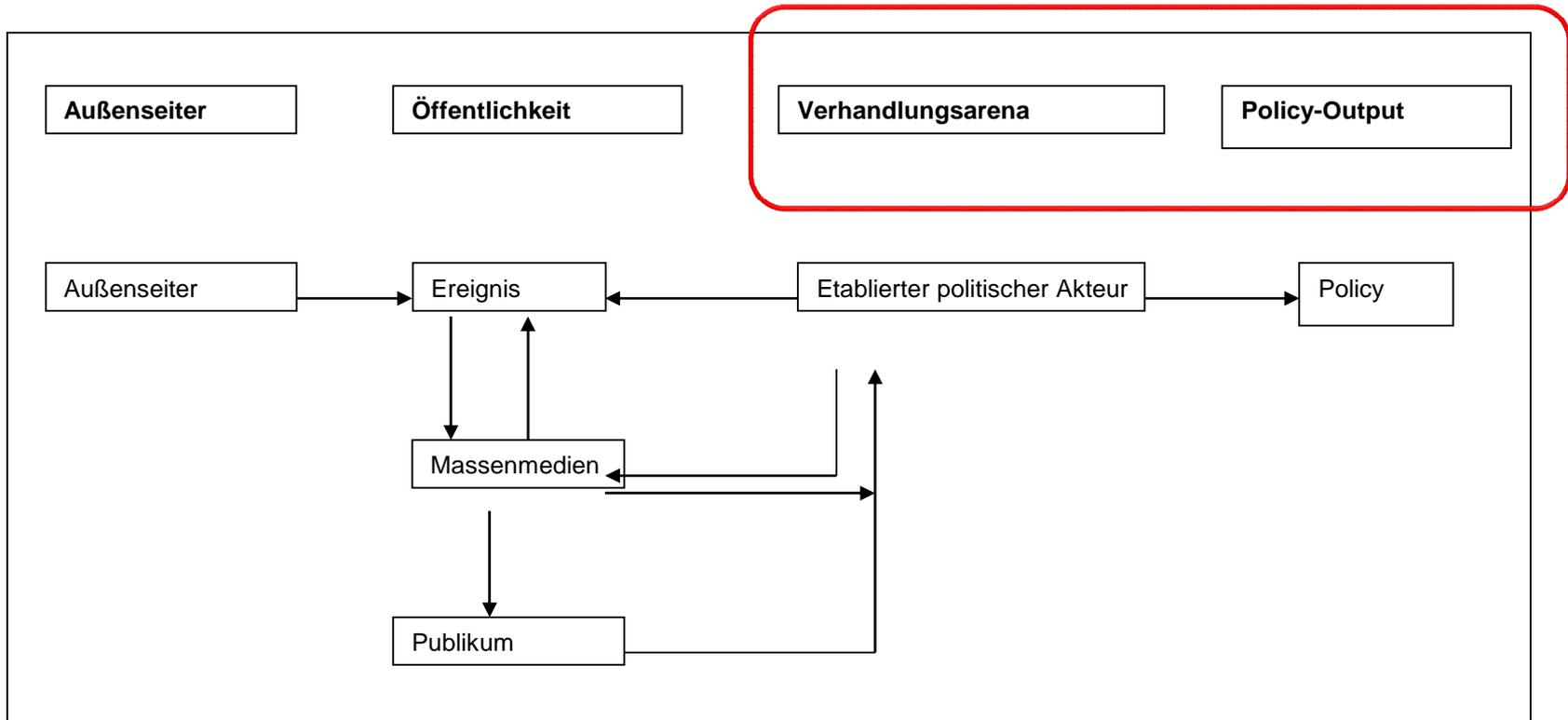
- Partizipation: zeitliche Kontinuität, regional und/oder national, Auswahl der Formate – vieles nur temporär gelöst.
- Wird Kritik als Ressource anerkannt? Digitale Auswege?
- Chancen und Grenzen der gesellschaftlichen Selbstberatung, hohe Erwartungen aus der Zivilgesellschaft, Knappheit und Asymmetrie der Ressourcen, antiaufklärerische Mobilisierungen
...

4. Modernes Regieren u. Entscheidungsfindung als Spannungsfeld



Quelle: Kriesi 2003, S. 213.

4.2 Wer sitzt wann und wo mit am Tisch?



Source: Kriesi 2003, S. 213 / Hervorhebung durch den Verf. .

„Interessenaggregation“ als zentraler Prozess der Entscheidungsvorbereitung und -findung (Gerhards 1994) – Verhandlungsarena als zentrale Schnittstelle für Kooperation und Koordination.

Danke!
hocke@kit.edu

- AkEnd - Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (2002): Auswahlverfahren für Endlagerstand-orte. Empfehlungen des AkEnd. Endbericht. Köln, 272 S.
- Bauchmüller, M. (2021): Größtes anzunehmendes Experiment. In APuZ 21-23 / 2021, S. 4-8.
- Blowers, A. (2016): The Legacy of Nuclear Power. London
- Brohmann, B./ Brunnengräber / Hocke et al. (Hg.) (2021): Robuste Langzeit-Governance bei der End-lagersuche. Soziotechnische Herausforderungen im Umgang mit hochradioaktiven Abfällen, Bielefeld
- Brunnengräber, A. (2019): Ewigkeitslasten. Berlin
- Buser, Marcos (2019): Wohin mit dem Atommüll? Das nukleare Abenteuer und seine Folgen – Ein Tatsachenbericht. Zürich.
- EndKo (2016): Verantwortung für die Zukunft. Ein faires und transparentes Verfahren für die Auswahl eines nationalen Endlagerstandortes. Abschlussbericht, BT-Drs. 18_9100, 580 S.
- Hocke, P. / Smeddinck, U. (2017): Robust-parlamentarisch oder informell-partizipativ? Die Tücken der Entscheidungsfindung in komplexen Verfahren. In: GAIA 26/2, pp. 125-128.
- Krick, E. (2021): Demokratisierung durch Partizipation? Die Mehrebenenbeteiligung an der Endlagersuche in Deutschland. In: PVS 62/2, S. 281-306
- Radtke, J. et al. (2020): Doubt every crisis! Klimawandelleugnung in Zeiten der Pandemie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 33 (4), S. 815–828
- Smeddinck, Ulrich (Hg.) (2017): StandAG Standortauswahlgesetz. Kommentar. Berlin
- Smeddinck, U. / Kuppler, S. / Chaudry, S. (Hg.) (2016): Inter- und Transdisziplinarität bei der Entsorgung radioaktiver Reststoffe. Wiesbaden
- Wollenteit, U. (2019): Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (StandAG). In: W. Frenz (Hg.), Atomrecht. Atomgesetz und Ausstiegsgesetze, Baden-Baden, S. 443-454

Beteiligung und Transparenz



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Juliane Dickel
Leitung Atom- und Energiepolitik

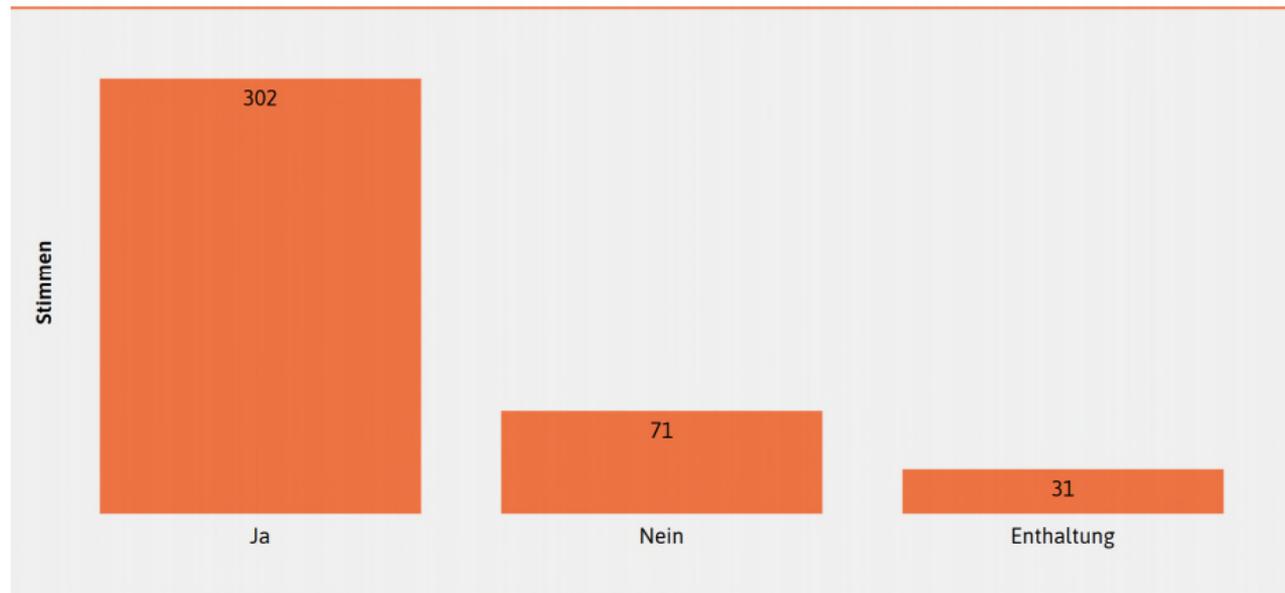
Erfolg

Antrag 15: Abstimmungsergebnis 07.02.2021 - Zustimmung



Abstimmung Antrag 15

Konferenz als Dauereinrichtung



[Quelle: Beschlüsse](#)

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Erfolg ?

- Umsetzung des BASE ???
 - Formalisiertes wirkmächtiges Beteiligungsformat
 - Ressourcen u.a. für Gutachten
- Umsetzung BGE ???
 - Klarheit über Umgang mit Ergebnissen
 - Transparenz ≠ Informationsflut
 - Nachvollziehbarkeit
 - Ergebnistransparenz & Entscheidungstransparenz

Grundlage: StandAG

§ 5 Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung

(3) Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit wird entsprechend fortentwickelt. Hierzu können sich die Beteiligten **über die gesetzlich geregelten Mindestanforderungen hinaus weiterer Beteiligungsformen bedienen. [...]**

Mindestanforderungen

§ 5 Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung

(1) **Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung** ist eine **Lösung zu finden**, die in einem **breiten gesellschaftlichen Konsens** getragen wird und damit auch **von den Betroffenen toleriert werden kann**. Hierzu sind Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter des Verfahrens einzubeziehen.



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

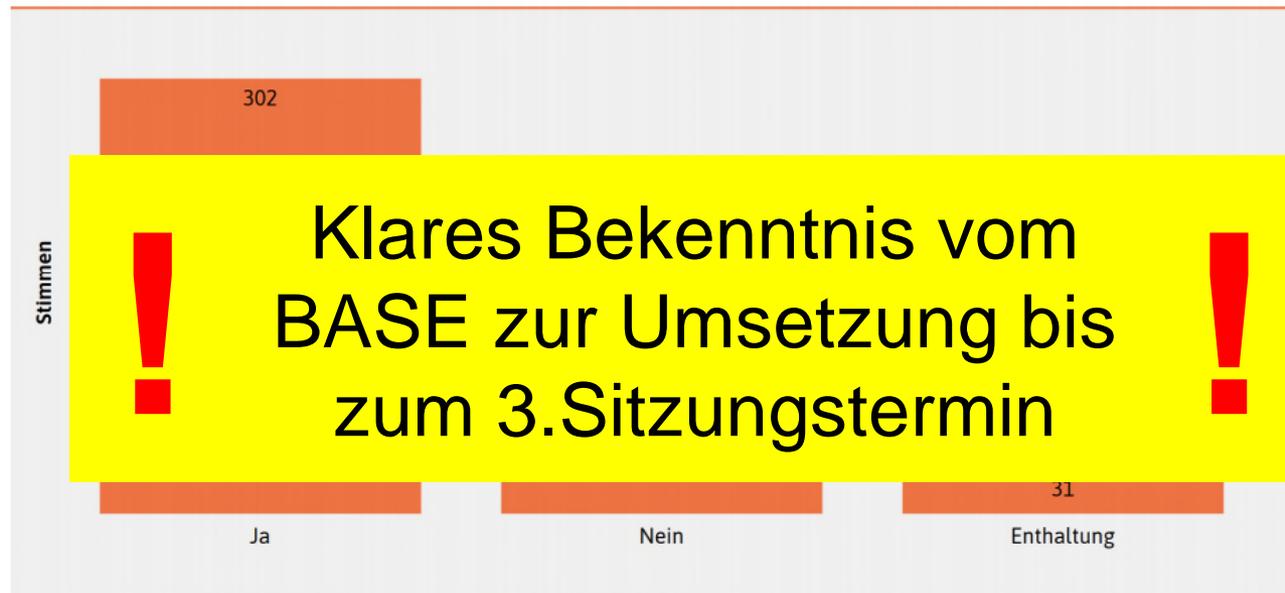
Erfolg ?

Antrag 15: Abstimmungsergebnis 07.02.2021 - Zustimmung



Abstimmung Antrag 15

Konferenz als Dauereinrichtung



Quelle: Beschlüsse

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Danke für Ihre Aufmerksamkeit !



Juliane Dickel

Leitung Atom- und Energiepolitik
Internationale Klimapolitik

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Fon: + 49 30 275 86-562

Mail: juliane.dickel@bund.net

<https://www.bund.net/endlagersuche>

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

**BUND**
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Wer ist die Zivilgesellschaft?

Kommunen

Regionen
vertreten

Wissenschaft

Wissen erzeugen
und bereit stellen

Organisationen

Atomkraft
begraben

Risiken
offen legen

Verfahren in eigene
Richtung lenken

Institutionen-
versagen melden

Einzelpersonen

Fairness
bewerten

Wer ist die Zivilgesellschaft?

Kommunen

ewig, aber
sukzessive weniger

Wissenschaft

kontinuierlich
weiterentwickelnd

Organisationen

terminiert

neu

hinzukommend

im ständigen
Wandel

Einzelpersonen

je nach
Lebenslage

Was prägt die Zivilgesellschaft?

- a) Die Teile Zivilgesellschaft erfüllen sehr unterschiedliche, erfolgskritische Aufgaben im Standortauswahlverfahren.
- b) Die sukzessive Eingrenzung der Standortregionen wird die aktiven Teile der Zivilgesellschaft ständig verändern.
- c) Das Standortauswahlverfahren ist auf langfristige Wissensträger angewiesen, um Entscheidungswege über Jahrzehnte abzusichern.

Wie kann die Zivilgesellschaft mitgestalten?

Institutionalisierung?

Geschäftsstelle?

Gutachtenbudget?

Leitungskreise?

**„Formale
Beteiligung“**

Selbstorganisation?

Unterstützungsstruktur?

Sinnvolle Schnittstellen
für alle Teilgruppen?

Ernsthafte Behandlung
der Argumente?

Langfristige Verfolgung
von Themensträngen?

Wirkmächtig?

Stärkt die Zivilgesellschaft bei der Endlagersuche !

Beitrag für die zweite
Beratungskonferenz 10.Juni 2021

von Wolfgang Ehmke



Stichwort “Beteiligung”

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BaSE) bewirbt auf ihrer Homepage die Fachkonferenz Teilgebiete mit diesem Text/bzw. Versprechen:

„Bürgerinnen und Bürger können den Auswahlprozess für ein Endlager mitgestalten und auf verschiedenen Ebenen Einfluss nehmen.“

Problem:

Mitgestaltung setzt neben Informiertheit, dem Meinungs austausch unter den Bürger:innen und der Konsensfindung innerhalb der Zivilgesellschaft auch formelle Beteiligungsrechte und Augenhöhe im Dialog mit den anderen Playern des Suchverfahrens voraus

Das ist/wurde im ersten Verfahrensschritt nicht oder nur in Ansätzen eingelöst und steht als Konflikt für den zweiten Schritt der Phase I im Raum

Rollen und Rollenkonflikte

Der Vorhabensträger, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) ermittelt die Teilgebiete... (§3)

Bundeseigene Firma, hierarchisch strukturiert, weisungsgebunden, Haushaltsmittel

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (**BaSE**) prüft die Vorschläge des Vorhabensträgers, wacht über den Vollzug des Standortauswahlverfahrens (§4) und soll die Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung (§5) umsetzen

Bundesbehörde, hierarchisch strukturiert, weisungsgebunden, Haushaltsmittel, janusköpfige Rollenbeschreibung

Das Nationale Begleitgremiums (**NBG**) hat eine Mittlerfunktion (§8) und ist nicht Teil der Zivilgesellschaft

Angedockt ans Umweltbundesamt, pluralistische Zusammensetzung, u.a. Zufallsbürger:innen, kleiner Etat, wertvoll - aber Manko u.a. durch Verfahrensbeteiligung (Geodaten), Einfluss der Länder

Übermacht der Behörden und Ressourcenungleichgewicht

Die Mitgestaltungsmöglichkeiten, die der Zivilgesellschaft lt. StandAG zugeschrieben werden, sind in der Anfangsphase der Endlagersuche nur schwach entwickelt

Die Fachkonferenz Teilgebiete (von der Zusammensetzung „Zivilgesellschaft“ im weitesten Sinne) verfügt/e:

- weder über ein eigenes Budget
- auch nicht über eine eigene Geschäftsstelle
- hat keine eigene Internetplattform
- kann/konnte keine eigene wissenschaftliche Expertise „bestellen“, sondern muss/musste auf die Berichte der Staatlichen Geologischen Dienste, Expertisen, die das NBG, Kreistage, Bürgerinitiativen und Umweltverbände in Auftrag gegeben hatten, Zeitungsberichte und eigenes Engagement setzen
- die Moderationscrew für die Fachkonferenz wurde vom BaSE ausgewählt

Vorbereitungsgruppe setzt keine klaren Akzente

Bei der Auswahl der Referent:innen wurde **zu wenig darauf geachtet**, den Vertreter:innen der Zivilgesellschaft einen **klaren, deutlichen Vorrang** einzuräumen, stattdessen kamen das BaSE, die BGE und die NBG auch dann zu Wort, wenn Positionen auch von NGO's hätten besetzt werden können – **kein „Wir-Gefühl“**

Es wurde nicht eindeutig erklärt/geklärt, dass eine Kritik am BGE-Zwischenbericht, die **wirkmächtig** wird, **nur als** eine **Stellungnahme der Fachkonferenz Teilgebiete** formelle Berücksichtigung (§5.2) findet – nach Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der Fachkonferenz

Es fehlt bis heute die Klärung, dass Kommentare, Anregungen, wissenschaftliche Gutachten aus den betroffenen Regionen willkommen sind und dass der **Schlussbericht** neben den **zielführenden Anträgen und Abstimmungen auf den Beratungskonferenzen** **u.a. aus der Summe dieser einzelnen Teile** besteht

Die **Hürde** für eine Mitsprache, Mitwirkung, für Fragen, Rückfragen, Anregungen und Kritik lag **deutlich zu hoch**

Voneinander lernen

“Protest ist ein Indikator gesellschaftlicher Krisen“, schreibt Philipp Gassert. Er indiziert gesellschaftliche Krisen und Kommunikationsdefizite. [Philipp Gassert, Bewegte Gesellschaft, Stuttgart 2018](#)

Doch viele Beteiligte, die jetzt im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete in die Atommülldebatte ganz neu einsteigen, kennen diese historische Dimension nicht!

Das Lernen aus der Anti-Atom-Geschichte und auch aus anderen Großkonflikten (Startbahn West - Stuttgart 21 – Klimabewegung): diese gesellschaftliche Expertise blieb im Rahmen der Fachkonferenz weitgehend ungenutzt!

Auch innerhalb der Zivilgesellschaft kann und muss voneinander gelernt werden.

Protestkultur und legitimierte Macht

Patrizia Nanz, die neue Vizepräsidentin des BaSE, die zuvor u.a. am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) lehrte, sagt dazu:

„Parlamente und Verwaltungen werden ihre demokratisch legitimierte Macht auch zwischen den Wahlen stärker mit den Bürgerinnen und Bürgern teilen müssen.“

Sie fügt hinzu: „Und natürlich gibt es Entscheidungsträger, die befürchten, an Gestaltungsmacht und Einfluss zu verlieren. Sie verkennen leider, dass gerade das Festhalten am Status Quo zu einem viel drastischeren Verlust an Anerkennung, Einfluss, Legitimation und Gestaltungsmacht führt.“

Patricia Nanz, Anne Ulrich. Interview: Für eine neue Kultur der Beteiligung, <https://www.boell.de/de/2013/12/19/fuer-eine-neue-kultur-der-beteiligung>, 19. Dezember 2013.

Akzeptanz vs. Mitgestaltung

Es reicht eben nicht, wenn im StandAG das Ziel einer Öffentlichkeitsbeteiligung wie folgt beschrieben wird:

„Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Lösung zu finden, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird und damit auch von den Betroffenen **toleriert** werden kann.“ (§5.1)

Mitgestaltung bedeutet auch Einflussnahme und setzt voraus, dass diese gesetzliche Vorgabe umgesetzt und mit Leben erfüllt wird:

„Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit wird entsprechend fortentwickelt. Hierzu können sich die Beteiligten über die gesetzlich geregelten Mindestanforderungen hinaus weiterer Beteiligungsformen bedienen.“ (§ 5.3)

Selbstorganisation der Zivilgesellschaft ausbauen!

Die Zivilgesellschaft muss im Endlagersuchverfahren gegenüber BASE, BGE, NBG... gleichgewichtiger Player sein

Mitbestimmungsrechte der interessierten Öffentlichkeit, der betroffenen Kommunen und ihrer Räte, der Bürgerinitiativen und Umweltverbände müssen verstetigt und ausgebaut werden

Selbstorganisation ist notwendig, nur Eigenständigkeit gepaart mit fachlicher Substanz ermöglichen „Augenhöhe“

Phantasievoller Protest, Fundamentalkritik und Verweigerung gehören dazu, das legt Partizipationsdefizite offen und befördert ein lernendes Verfahren

Aus Gorleben lernen heißt: Auf Schacht Konrad verzichten



Aus Gorleben lernen heißt: Auf Schacht Konrad verzichten

Ausgangspunkt: „Die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am auszuwählenden Standort ist zulässig, wenn die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist.“ (StandAG)

Aktuell: Breites Bündnis fordert Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses zum Schacht Konrad 2002, Antrag wurde am 27.5.21 beim Niedersächsischen Umweltministerium eingereicht

Grund: Schacht Konrad 70er Jahre Projekt wie Gorleben, ohne vergleichendes Suchverfahren als Standort „bestimmt“. Genehmigt nach den „Sicherheitskriterien“ RSK 1983. Ggf. hieße das Errichtung eines dritten Endlagers, siehe Stand-AG und EndlSiUntV – hier gelten viel schärfere „Sicherheitsanforderungen“ Stand AG §21.1

Ausweg: Aufgabe des Schacht Konrad - das laufende, vergleichende Suchverfahren nutzen für einen **wissenschaftsbasierten Umgang mit allen Arten von Atommüll**

Manko: großer F+E Bedarf in Verbindung mit dem „Co-disposal“ Konzept

Aus Gorerleben lernen heißt: Auf Schacht Konrad verzichten

Vielen Dank für Ihre/eure Aufmerksamkeit

Wolfgang Ehmke